

Öffentliches Protokoll Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.09.2025
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Wolfgang Dutsch CDU

Mitglieder

Christian Freitag CDU Vertretung für: Johanna Bergstein

Torben Wunderlich CDU

Ursula Lauenstein CDU

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Karolin Büßer Jugendbeirat

Merlin Tschamper Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Sabine Semprich Seniorenbeirat

Verwaltung

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung FB 2

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61

Katrin Matthies Protokollführung

Torben Klaucke Fachdienst 2-61

Abwesend

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Gäste:

13 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Zeitweise 3 Ratsfrauen / Ratsherren (Kärgel, Römer, Eichberger)

Zu Top 4 und 5:	Herr Rehder	Bauherrnvertreter
	Herr Schützner	Stadtplaner
	Herr Rohkohl	Verkehrsplaner

Zu TOP 6:	Herr Behrend	Architekt
	Herr Schaaf	Architekt
	Herr Kolodziej	DRK Wedel

Zu TOP 7:	Herr Meyer	Bauherrnvertreter
	Herr Venus	Architekt
	Frau Brüggemann	Architektin

Zu TOP 8:	Herr Jopp	Bauherrnvertreter
-----------	-----------	-------------------

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 01.07.2025
- 4 Bebauungsplan Nr. 27b „Hogschlag“ 1. Änderung, Teilbereich Ost
hier: Städtebauliche Verträge BV/2025/051

Nichtöffentlicher Teil

Bebauungsplan Nr. 27b „Hogschlag“ 1. Änderung,
Teilbereich Ost
hier: Städtebauliche Verträge; Beratung nichtöffentliche
Anlagen

Öffentlicher Teil

- | | | |
|---|---|-------------|
| | Bebauungsplan Nr. 27b „Hogschlag“ 1. Änderung,
Teilbereich Ost
hier: Städtebauliche Verträge - Beratung und
Beschlussfassung | BV/2025/051 |
| 5 | Bebauungsplan Nr. 27 b "Hogschlag", 1. Änderung
"Teilbereich Ost"
hier: Satzungsbeschluss | BV/2025/042 |

- | | | |
|--------|---|-------------|
| 6 | Präsentation Sachstand Bebauungsplan 20f „Hafenstraße“ | |
| 7 | Präsentation Wohnbauprojekt „Nachverdichtung Galgenberg“ | |
| 8 | Einvernehmen nach dem BauGB
hier: Nutzungsänderung einer Halle zu einer Kartbahn | BV/2025/057 |
| 9 | Rückmeldungen der Fraktionen zur Planung Möller-Areal | |
| 10 | Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich der Stadt Wedel
- Potentialanalyse | MV/2025/063 |
| 11 | Prüfergebnis hinsichtlich der Möglichkeit der Anordnung
eines Fußgängerüberweges in Höhe des Caudryplatzes | MV/2025/046 |
| 12 | Landes- und Regionalplanung zum Thema "Windenergie an Land" | MV/2025/076 |
| 13 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 13.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 13.1.1 | Haushaltskonsolidierung | |
| 13.1.2 | Haushaltssicherung 2028
aktueller Stand und weiteres Vorgehen | MV/2025/080 |
| 13.1.3 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel" | |
| 13.1.4 | Sonstige Berichte | |
| 13.2 | Anfragen der Politik | |
| 13.3 | Sonstiges | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|--|
| 14 | Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
01.07.2025 | |
| 15 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 15.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 15.2 | Anfragen der Politik | |
| 15.3 | Sonstiges | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 16 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 01.07.2025

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Bebauungsplan Nr. 27b „Hogschlag“ 1. Änderung, Teilbereich Ost

hier: Städtebauliche Verträge BV/2025/051

Die WSI-Fraktion möchte über den Inhalt der städtebaulichen Verträge sprechen. Der Vorsitzende weist auf die Nichtöffentlichkeit der Anlagen hin und deutet die Anfrage als Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, was die WSI-Fraktion bestätigt. Daraufhin wird die Öffentlichkeit von 18:37 Uhr bis 18:57 Uhr ausgeschlossen.

Öffentlicher Teil

Bebauungsplan Nr. 27b „Hogschlag“ 1. Änderung, Teilbereich Ost

BV/2025/051

hier: Städtebauliche Verträge - Beratung und Beschlussfassung

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen merkt an, dass in den Zielen der Beschlussvorlage formuliert ist, dass die Benennungsrechte und die Zahl der geförderten Wohneinheiten stabil bleiben sollen. In den Unterlagen sei jedoch nicht ersichtlich, dass die Stadt Benennungsrechte erhalten habe, daher wäre dieses Ziel hier nicht erreicht.

Herr Grass erläutert, dass es sich um den Text der Ziele aus den Handlungsfeldern handelt, der unverändert übernommen wird. Da hier geförderter Wohnraum entsteht, trifft dieses Ziel hier zumindest teilweise zu. Die Verwaltung bemühe sich immer, Benennungsrechte zu bekommen, leider sei es nicht immer möglich das Ziel zu erreichen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die der Beschlussvorlage als Anlagen beigefügten Städtebaulichen Verträge gem. § 11 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 27b „Hogschlag“ 1. Änderung, Teilbereich Ost.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	7	1	3
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	3
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	1	0	0

5 **Bebauungsplan Nr. 27 b "Hogschlag", 1. Änderung "Teilbereich Ost"**

BV/2025/042

hier: Satzungsbeschluss

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen steht auf dem Standpunkt, dass Benennungsrechte für die Stadt möglich sein sollten, schließlich werde hier neues Baurecht geschaffen. Zudem bittet sie um Informationen zu der Anzahl der Fahrradstellplätze. Die Bezeichnung Radweg in den Unterlagen sei nicht korrekt. Es handele sich um einen Erschließungsweg, der von Fußgängern, Radfahrern und motorisiertem Verkehr gleichermaßen genutzt werden könne. Vielmehr werde eine echte Veloroute hiermit dauerhaft unmöglich. Auch möchte man wissen, wie sichergestellt wird, dass die frei finanzierten Wohneinheiten nicht vor der Bewilligung der Förderung gebaut werden.

Herr Grass erläutert, dass an dieser Stelle keine Veloroute entstehen wird, sondern ein kombinierter Fuß-/Radweg mit 4 Metern Breite. Dennoch wird eine attraktive Alternative zur bisherigen Situation an der Bundesstraße entstehen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimmt zu, dass es eine Verbesserung geben wird, jedoch sei auch motorisierter Verkehr für Müllentsorgung und Rettungswege zugelassen, daher sei die Bezeichnung Geh- und Radweg falsch.

Herr Rehder kann die genaue Zahl der Fahrradabstellplätze nicht benennen, jedoch sei dies bei allen Neubauprojekten ein wichtiges Thema. So seien z.B. in der Hafenstraße zusätzliche Stellplätze in der Tiefgarage geschaffen worden. Generell seien mindestens 2 Fahrradstellplätze pro Wohneinheit vorgesehen, mit Ausnahme der geförderten Wohnungen für einen Ein-Personen-Haushalt, hier sei es nur ein Stellplatz. Für Wohnungen ohne Keller werden überdachte oberirdische Stellplätze mitgedacht, zudem soll es auch abschließbare Bereiche geben. Das Vorhaben sei zudem so geplant, dass die geförderten Wohnungen zuerst gebaut würden. Zusätzlich sind in dem Vertrag mit der Stadt Vertragsstrafen und Bürgschaften vorgesehen, um den geförderten Wohnraum abzusichern.

Der Vorsitzende fragt nach weiterem Aussprachebedarf, andernfalls würde er gerne in die Beschlussfassung eintreten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte bekräftigen, dass, auch wenn die Fraktion nicht zustimmen wird, es sich um ein positives Projekt handelt. Man hätte sich jedoch gewünscht, dass mehr auf die jetzigen Anwohnenden eingegangen worden wäre. Zudem sei der Erhalt von Belegungsrechten ein strategisches Ziel, das hier nicht erreicht werde.

Der Vorsitzende verliert den Beschlussvorschlag.

Beschlussempfehlung:

1. Der Rat beschließt, die während der Beteiligung der Öffentlichkeit zum B-Plan Nr. 27 b „Hogschlag“, 1. Änderung „Teilbereich Ost“ gem. § 3 Abs. 1 und 2 BauGB von der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen und von den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung (s. Anlage) zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 86 der Landesbauordnung beschließt der Rat den B-Plan Nr. 27 b „Hogschlag“, 1. Änderung „Teilbereich Ost“ für das Gebiet zwischen Holmer Straße und Ansgariusweg, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch den Rat der Stadt Wedel ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan ins Internet unter der Adresse „www.wedel.de“ eingestellt ist und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	7	1	3
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	3
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	1	0	0

6 Präsentation Sachstand Bebauungsplan 20f „Hafenstraße“

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste.

Herr Behrend stellt den aktuellen Planungsstand des Bauprojektes vor, Herr Kolodziej erläutert den Bereich des Betreuten Wohnens für das DRK Wedel. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die SPD-Fraktion kann sich vorstellen dieses spannende Projekt an dieser Stelle zu unterstützen. Positiv sei der genannte Anteil von 40% geförderter Wohnungen, der über der vom Rat beschlossenen Vorgabe von 30% liege.

Herr Behrend korrigiert, dass in dem vorgestellten Projekt keine geförderten Wohnungen vorgesehen sind. Die Politik hatte beim Aufstellungsbeschluss für diesen Bebauungsplan in 2014 und 2016 darauf verzichtet. Der Investor habe jedoch das betreute Wohnen als sozialen Baustein in die Planung aufgenommen, zudem entstünden dort ausschließlich Miet- und keine Eigentumswohnungen.

Die FDP-Fraktion würde es begrüßen, wenn dieses großartige Projekt zügig vorangehe.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach den Gründen, warum ursprünglich von der Herstellung sozial geförderter Wohnungen abgesehen wurde, 2016 habe es den entsprechenden Ratsbeschluss zur 30%igen Pflichtquote bereits gegeben. Zudem wäre interessant, ob man sich in den 60% der Wohnungen im Betreuten Wohnen, die keiner Wohnberechtigungsscheinpflicht unterliegen, auch ohne Handicap oder Betreuungsbedarf einmieten könne.

Herr Kolodziej erläutert erneut, dass in dem Bauprojekt keine Wohnungen mit Wohnberechtigungsschein, also keine sozial geförderten Wohnungen geben wird. Das DRK verzeichnet jedoch auch viele Nachfragen nach betreutem Wohnen im freifinanzierten Wohnungsmarkt, die man mit diesem Projekt bedienen möchte. Herr Behrend weist darauf hin, dass

der erste Beschluss für den Bebauungsplan in 2014 vor dem Ratsbeschluss zu gefördertem Wohnraum gefasst wurde.

Die CDU-Fraktion dankt für die Präsentation dieses sehr guten Projektes. In 2016 habe der Planungsausschuss beschlossen, dass für dieses Projekt die 30%-Regel keine Anwendung finde, hier müsse auch eine gewisse Verlässlichkeit greifen.

Die SPD-Fraktion fragt nach den Plänen für das Hotel und die Tanzschule.

Herr Behrend erläutert, dass die Fläche des Hotels überplant, es somit abgebrochen wird.

Die Tanzschule bleibe ebenso wie das Jobcenter bestehen.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, in der nächsten Sitzung eine Rückmeldung zu dem Projekt zu geben.

7 Präsentation Wohnbauprojekt „Nachverdichtung Galgenberg“

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste. Herr Meyer und Herr Venus stellen das Projekt anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Planung für neue, energetische und barrierefreie Wohnungen, würde jedoch gerne wissen, was die Mieter*innen an Mietpreisen pro Quadratmeter für ihre aktuellen Wohnungen bezahlen und wie hoch dieser zukünftig wäre.

Herr Meyer berichtet, dass der Durchschnittswert im Bestand bei ca. 10,- bis 11,- Euro/qm liege. Es gebe in dem Quartier wenig Fluktuation, es handle sich um eine sehr stabile Mietergemeinschaft. Auch aus diesem Grund sei geplant, die Bebauung in Phasen durchzuführen, um allen die Möglichkeit zu geben, in neue Wohnungen umzuziehen. Das Projekt hat daher einen langfristigen Zeitplan von insgesamt vermutlich 20 Jahren.

Die CDU-Fraktion fragt nach sozial gefördertem Wohnraum und Belegungsrechten für die Stadt.

Herr Meyer bestätigt, dass die Vorgabe zum sozial gefördertem Wohnraum bekannt ist und entsprechend umgesetzt werden wird. Die Bereitstellung von Belegungsrechten wird kritischer gesehen, aber möglicherweise könne man über ein gewisses Kontingent zu gegebener Zeit sprechen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, ob die vermutlich höhere Netto-Kalt-Miete durch die Einsparung der Nebenkosten in Neubauten aufgefangen wird.

Herr Meyer erläutert, dass dies meistens nicht ganz abgedeckt wird. Die Einsparungen an Nebenkosten nach energetischen Sanierungen decken ca. 60% der Mieterhöhungen ab.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, in der nächsten Sitzung eine Rückmeldung zu dem Projekt zu geben.

8 Einvernehmen nach dem BauGB

BV/2025/057

hier: Nutzungsänderung einer Halle zu einer Kartbahn

Herr Jopp stellt sich und seine bestehende Anlage in Kiel kurz vor.

Die SPD-Fraktion findet das Projekt sehr interessant und fragt, ob ausreichend Parkplätze vorhanden sein werden und wie ausgeschlossen werden kann, dass dort auch Verbrennungsmotoren in den Fahrzeugen eingesetzt werden.

Antwort: bereits im Bauantrag wird sich festgelegt auf den Betrieb von Elektrofahrzeugen. Verbrenner wären auch betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll einsetzbar, die dafür notwendige Betriebsausrüstung (Betankung, Belüftung) werde nicht eingeplant und sei auch nicht nachrüstbar. Die Parkplätze sind bisher nach Erfahrungswerten und der Landesbauordnung für Sportstätten bemessen, im Verlauf könnten diese auch auf dem Außengelände erweitert werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, wie viele Gäste erwartet werden, ob Gastronomie vorgesehen ist, ob der Strom auch über Photovoltaik bereitgestellt werde, wie die Öffnungszeiten sein werden und mit welcher Lärmbelastung zu rechnen sei.

Herr Jopp erläutert, dass es zu den Besucherzahlen Analysen gibt. In Kiel befänden sich

derzeit ca. maximal 100 Gäste gleichzeitig vor Ort. Dies sei auch immer abhängig von der Jahreszeit und Alternativ-Events. Es wird lediglich einen eingeschränkten Gastronomiebetrieb wie kleine aufgewärmte Speisen (z.B. Brezeln, Handpizza) und Getränke geben. Bezüglich der Stromversorgung sei man noch in Gesprächen mit dem Vermieter. Eine Photovoltaik-Anlage wäre wünschenswert, allerdings müsse es auch eine Speichermöglichkeit geben. Bezüglich des Lärm wird deutlich weniger Lärm erwartet, als vorher vermutlich von der Druckerei ausgegangen ist. Die bestehende Anlage in Kiel befindet sich deutlich näher an einem Wohngebiet als die geplante Anlage in Wedel. Die Elektromotoren verursachen lediglich ein leises Summen, eher könnte man minimal Quietschen der Reifen und die anwesenden Menschen hören. Die Planung wurde vom LLUR geprüft und es gibt dahingehend keine Einwände. Als Öffnungszeiten sind derzeit wochentags 15 bis 22 Uhr und am Wochenende 11 bis 24 Uhr angedacht, in den Ferien werde man vermutlich früher öffnen. Die CDU-Fraktion freut sich über das spannende und attraktive Projekt, dass die Freizeitmöglichkeiten in Wedel beleben wird.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für die Nutzungsänderung einer Halle zu einer Kartbahn in der Industriestraße 21 - 21a in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

9 Rückmeldungen der Fraktionen zur Planung Möller-Areal

Die CDU-Fraktion findet die vorgestellte Planung attraktiv und bittet darum, dass in diesem Sinne weitergeplant wird.

Die FDP-Fraktion schließt sich dem an und hofft auf ein gutes Voranschreiten dieses schönen Vorhabens.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat bereits eine schriftliche Stellungnahme eingereicht, die als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt ist. Sie sieht das Parkhaus an der neuen Stelle kritisch und regt an, über den Stellplatzschlüssel nachzudenken. Mit den zwei Parkhäusern direkt gegenüber an der B431 habe man ein Problem. Die Lage des Grundstücks biete sich für ein autofreies Quartier an, hierzu sollte nochmal mit dem Investor das Gespräch gesucht werden.

Die WSI-Fraktion begrüßt das geplante Projekt mit einer guten Durchmischung aus Wohnen und Gewerbe an dieser zentralen Stelle in Wedel. Es gibt auch Bedenken zur Optik der beiden Parkhäuser an der B431, jedoch sei sehr gut, dass mit dieser Planung der Verkehr aus der Quartier herausgehalten wird. Auch die geplante Sportstätte auf dem Dach sei sehr innovativ.

Die SPD-Fraktion findet das Projekt insgesamt sehr interessant. Ein autofreies Quartier in direkter Nachbarschaft um S-Bahnhof wäre der Idealzustand, jedoch vermutlich realistischer Weise nicht zu erreichen. Vielleicht könnte der Stellplatzschlüssel noch leicht abgesenkt werden, jedoch sollte angesichts der geplanten Gewerbeansiedlungen nicht zu weit runtergegangen werden. Ein Parkhaus muss nicht zwingend hässlich aussehen, da lasse sich

gestalterisch viel erreichen. Zudem könnten von Anwohnenden nicht genutzte Parkplätze vielleicht anderweitig Verwendung finden (P+R, Bahnhofstraßenverkehr). Die Fraktion bittet zudem zu prüfen, ob doch die Ansiedlung eines kleinen Kinos erneut geprüft werden könnte.

Die CDU-Fraktion wäre nicht für eine Absenkung des Stellplatzschlüssels. Der Begriff „autofrei“ klinge zunächst ansprechend, jedoch wird in der Realität eine Verdrängung des ruhenden Verkehrs in die umliegenden Straßen erwartet. Auch bleibe abzuwarten, wie sich die Situation mit der P+R-Anlage entwickle.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erinnert daran, dass im Mobilitätskonzept die Stärkung der autofreien Angebote festgeschrieben ist. Es gebe sehr wohl Menschen, die Wohnraum ohne Stellplatz suchen. Dies wäre der ideale Ort, weil Bahnhof, Ärzte und Bahnhofstraße direkt vor der Tür liegen. Schon ohne das Parkhaus werde der notwendige Stellplatzschlüssel von 0,7 überschritten. Mit Stellplätzen für P+R können nicht geplant werden, da die Investoren bereits signalisiert hatten, dass beide Parkhäuser nicht für eine öffentliche Nutzung gedacht sind.

Die SPD-Fraktion schätzt es als unmöglich ein, dem Investor ein autofreies Quartier vorzuschreiben.

**10 Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich der Stadt Wedel -
Potentialanalyse**

MV/2025/063

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**11 Prüfergebnis hinsichtlich der Möglichkeit der Anordnung eines
Fußgängerüberweges in Höhe des Caudryplatzes**

MV/2025/046

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die WSI-Fraktion dankt für die Informationen, findet jedoch manche Aussagen fragwürdig. Wenn ein Fußgängerüberweg an dieser Stelle zu gefährlich für die querungswilligen Menschen sei, wie sei dann der Ist-Zustand ohne Überweg sicherer? Zudem wird die Aussage mit der Störung der grünen Welle angezweifelt, diese wäre seit längerer Zeit nicht mehr vorhanden. Bei Tempo 30 muss es möglich sein, vor einem Fußgängerüberweg abzubremesen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zeigt sich verwundert über den Inhalt der Mitteilungsvorlage. Die Politik in Wedel hat bereits seit längerer Zeit den Wunsch, dort eine Form von Querungshilfe zu realisieren. Eine Lichtsignalanlage, die nur auf Anforderung aktiv werde und an die Schaltzeiten der Ampel im Bahnhofsbereich gekoppelt sei, ist bereits häufiger im Planungsausschuss angesprochen worden. Hier würde auch keine zusätzliche Störung des Verkehrsflusses entstehen. In der letzten Sitzung sei gesagt worden, dass Zuständigkeiten innerorts vom LBV auf die untere Verkehrsbehörde übergegangen seien. Es könne sich nicht damit zufriedengegeben werden, dass alle so bleibe wie es ist.

Der Jugendbeirat fragt nach, ob die Möglichkeit einer Lichtsignalanlage nicht geprüft wurde und wie weit die Stadt darauf Einfluss habe.

Auch die CDU-Fraktion möchte wissen, ob der LBV weiterhin zu involvieren sei.

Herr Grass erinnert daran, dass die Frage einer Querungsmöglichkeit mit dem LBV eine lange Geschichte hat. Bereits der Mobilitätsmanager hatte eine Zählung der Querungen vorgenommen (August), deren Zahlen jedoch nicht mit denen des LBV (im Februar) übereinstimmten. Es müsste eine Abstimmung mit den verantwortlichen des LBV erfolgen, was genau für eine positive Beurteilung einer Lichtsignalanlage vorgelegt werden muss. Vermutlich müsste dann eine Zählung bei einem Verkehrsplanungsbüro beauftragt werden, damit diese vom LBV anerkannt wird. Die Stadtplanung verfolgt weiterhin dieses Ziel, jedoch sei gefühlt ein Vorsprechen beim LBV alle drei Monate kontraproduktiv. Sollte irgendwann eine Umsetzung erreicht werden, würde dies auch die Radwegeverbindung vom

Jörg-Balack-Weg in die Schulstraße ergänzen, irgendwann mit der Weiterführung zum Radweg des Bebauungsplans Nr. 76 hinter der Kursana zur Batavia.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, ob denn entgegen der Aussage in der Juli-Sitzung doch der LBV weiterhin zuständig sei. Zudem habe der damalige Bürgermeister als untere Verkehrsbehörde trotz Zuständigkeit des LBV Tempo 30 in der Mühlenstraße als Lärmschutzmaßnahme anordnen können.

Herr Grass erläutert, dass sich die Aussage in der Juli-Sitzung auf die Anordnung von Tempo 30 in bestimmten Fällen bezog, nicht auf eine generelle Änderung der Zuständigkeit für die Bundesstraße innerorts. Beispielsweise konnte die untere Verkehrsbehörde den „Lückenschluss zwischen den Tempo 30-Bereichen Mühlenstraße und vor der Gemeinschaftsschule prüfen und anordnen.

Der Vorsitzende schließt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

12 Landes- und Regionalplanung zum Thema "Windenergie an Land"

MV/2025/076

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

13.1 Bericht der Verwaltung

13.1.1 Haushaltskonsolidierung

Frau Broekhuis berichtet, dass in den jeweiligen zuständigen Ausschüssen von den Projektgruppen berichtet wird. Die Projektgruppen des Fachbereichs Bauen und Umwelt sind dem Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss zugeordnet. Dort wird auch die Idee vorgestellt werden, die Stellen Leitstelle Umweltschutz, Klimamanagement und Mobilitätsmanagement zusammenzufassen zu einer Stelle Nachhaltigkeitsmanagement mit einem Vollzeitäquivalent.

13.1.2 Haushaltssicherung 2028 aktueller Stand und weiteres Vorgehen

MV/2025/080

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.1.3 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

Herr Klauke berichtet, dass die letzte Ausschreibung fast abgeschlossen ist und ab nächster Woche die Innengewerke auf der Baustelle beginnen. Es gab Verzögerungen durch einen Prüfstatiker und Lieferschwierigkeiten, daher ist der Zeitplan leicht überschritten. Das Gebäude wird jedoch rechtzeitig zur Hochwassersaison dicht sein. Zeitgleich werden Verhandlungen mit dem zukünftigen Betreiber des Kiosks geführt. Bezüglich des Basketballfeldes und des Wetterschutzcontainers wird noch die vollständige Fertigstellung des Strandbades abgewartet, um anschließend eine Pressemitteilung herauszugeben.

13.1.4 Sonstige Berichte

Herr Grass berichtet von einem geplanten neuen elektronischen Stellwerkgebäude der Bahn.

13.2 Anfragen der Politik

Die CDU-Fraktion fragt nach der Zuständigkeit des Planungsausschusses bezüglich einer Querungshilfe für Schulkinder in der Heinestraße in der Moorwegsiedlung, möglicherweise würde bereits eine „Nase“ zur Verengung der Straße helfen. Es wurde auch bereits im UBF nachgefragt, da habe man Zweifel an der Zuständigkeit geäußert und darauf hingewiesen, dass die Querungszahlen nicht ausreichen.

Frau Broekhuis wird klären, welcher Ausschuss zuständig wäre.

Die WSI-Fraktion fragt nach dem Sachstand bezüglich des Schlichtwohnheimes in der Schulauer Straße, das offensichtlich bereits leergezogen sei.

Frau Broekhuis berichtet, dass der Rückbau noch dieses Jahr vorgesehen ist, ein Neubau ist für 2026/2027 geplant, falls die Mittelbereitstellung im Haushalt entsprechend beschlossen wird.

Bezüglich einer Nachfrage zur P+R-Anlage weist sie auf die Zuständigkeit des UBF hin. Dieser wird diese am Donnerstag besichtigen und dort wird das weitere Vorgehen beraten; die Brandursache wird noch ermittelt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet die Verwaltung, die direkt in den Hafenbereich fahrenden Motorräder zu kontrollieren und dies auch entsprechend zu ahnden. Bezüglich der eigentlich in Bauprojekten vorgesehenen Car-Sharing-Projekte stelle sich die Frage, wie damit weiter umgegangen wird. Z.B. habe mit Wertgrund eigentlich eine Vereinbarung bestanden, dass Carsharing installiert werde. Wenn kein kommerzieller Betreiber gefunden werden kann, könne vielleicht mit privaten Initiativen gearbeitet werden.

Herr Grass weist darauf hin, dass Wertgrund seine Verpflichtung mit der Bereitstellung der Parkflächen und der Lademöglichkeit erfüllt habe. Jeder, der dort Car-Sharing betreiben wolle, könne sich an Wertgrund wenden.

Herr Klaucke ergänzt, dass die Kontaktdaten zwischen Wertgrund und den Dorfstromern bereits vor über einem Jahr ausgetauscht wurden. Bezüglich der Motorräder wurden im Hafenbereich gemeinsam mit dem Ordnungsamt entsprechende Verbotsschilder aufgestellt, die jedoch leider nicht bei allen Personen Wirkung zeigen würden. Demnächst ist die Widmung der Fläche vorgesehen, dann können solche Verstöße auch entsprechend geahndet werden.

Die CDU-Fraktion bittet zu prüfen, ob die Spitzerdorfstraße im Bereich des Marktplatzes beidseitig von Fahrrädern befahren werden könnte. Zudem wird der starke Alkoholkonsum vor den öffentlichen Toiletten auf dem Marktplatz kritisiert, dies geschehe in unmittelbarer Nähe zur Kita.

Die FDP-Fraktion findet, dass sich die Situation dort in den letzten Jahren bereits verbessert habe. Sollte man dies dort verhindern wollen, fände lediglich eine Verdrängung an einen anderen Ort statt.

13.3 Sonstiges

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

16 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:30 Uhr.

Vorsitz:

gez. Dutsch

Wolfgang Dutsch

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

